

Von Gerechtigkeit keine Rede

„Straßenreinigung - Wollen
keine Gebühren schinden“
(18.2.)

Der erschreckende Bericht über die Stellungnahme des Herrn Bürgermeisters Gehb zu der Berechnung der Straßenreinigungsgebühren nach der Quadratmeter-Wurzel kann nicht unwidersprochen bleiben. Ist doch schon die Quadratwurzel unzutreffend; Grundstücke sind keine Quadrate.

Von Gerechtigkeit kann keine Rede sein. Wieso wurde eine Ungerechtigkeit beseitigt, wo 20 000 mehr und 12 000 weniger bezahlen müssen. Bei den Frontmetern seien nie die Grundstücksgrößen berücksichtigt worden. Was hat die Grundstücksgröße mit dem Dreck auf der Straße zu tun? Übersehen ist doch ihre Wichtigkeit zur Frischluftbildung. Die Quadratmeter-Wurzel bringt erneut Ungerechtigkeit. Ist es gerecht, die großen unbebauten Grundstücke für die kleinen bebauten - und von vielen bewohnt - (Dreckverursacher) zahlen zu lassen?

Das 900 Quadratmeter Grundstück als Beispiel bestätigt doch eingehend die Ungerechtigkeit. Wenn das Fehlen der Grundstücksgröße bei den Frontmetern Anlaß einer Beanstandung war, müßte diese Größe umsomehr bei Anwendung der Quadratmeterwurzel beachtet werden. Die Größe darf doch an keiner Stelle verdoppelt werden, auch nicht bei Eckgrundstücken. Selbst bei verschiedenen Reinigungsstufen der beiden Straßen muß dies entfallen. Bei dem 900 Quadratmeter Grundstück - 90.10 m - sind die Quadratmeter den Seiten entsprechend aufzuteilen 9:1 ($= 0,9 \times 900 = 810$ Quadratmeter und $0,1 \times 900 = 90$ Quadratmeter) und zu verrechnen.

Die Beanstandungen von SPD, CDU und FDP sind berechtigt. Grundstücke werden nur von einer Seite erschlossen; es gibt nur einen Zugang! Diese Regelung gehört abgeschafft. Falsche Veranlagungen haben Geldschinden als Folge! 500 statt 2 500 Widersprüche sind doch kein Sturm im Wasserglas aber ein Beweis, daß viele den Widerspruch unterlassen haben. Ein Widerspruch ist längst keine Kuriosität, wenn der Einlegende weniger zu zahlen hat. Als gerecht Denkender - dem es nicht nur um das Geld geht - hält er solches für notwenig, wenn die Gerechtigkeit auf der Strecke geblieben ist.

Es sind nicht die Grundstücke, sondern die Menschen zur Zahlung heranzuziehen; diese veranlassen die Verschmutzungen. Da bei der Stadt das Geld knapp ist und noch lange bleiben wird, ist die Reinigung zu privatisieren. Ein Weg wäre, die Eigentümer übernehmen die Arbeiten selbst (wie bei Streupflicht, Schneebeseitigung). Wer sie nicht ausführen kann oder will, schließt mit Firmen Verträge ab. Beträge bleibenumlagepflichtig.

Sollte die Reinigung bei der Stadt bleiben, müßten die Kosten auf alle Bürger umgelegt werden; Kinder ab Forderung auf Kindergartenplatz. Ständig Bettlägerige wären befreit! Einzug der Gebühren über die Hauswirte, wie die Telekom ihre Kabelgebühren einzieht.

Karl Liese
Mittelbing 12 A
Kassel

WNA 7.3.97